

WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 9. Juni.

Vorsitzende: die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß.

Nach einem Berichte des StR. Poyer wird die Instandsetzung von Kiesel-Rinnalen auf dem Baumgarten- und Hietzinger Friedhof mit den Kosten von 4800 K bewilligt.

StR. Schwer beantragt den vom Zweigverein Josefstadt des patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuz errichteten Gensengheim 8 Stück Gartenbänke aus den städtischen Vorräten leihweise zu überlassen. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Heindl wird der Turnsaal der städt. Schule 1. Bezirk Johannesgasse 4 a an den christlich deutschen Turnerverband überlassen.

Ueber Antrag des StR. Knoll wird die Errichtung einer Bedürfnisanstalt nächst dem Friedhofe im Bezirksteile Stadlau des 21. Bezirkes mit den Kosten von 1600 K genehmigt.

StR. Wippel beantragt die Errichtung von 4 einfachen Brücken auf den Heiligenstädter Friedhöfen im 19. Bezirk mit den Kosten von 3200 K. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Dr. Haas werden für die Vornahme verschiedener Herstellungsarbeiten an der städtischen Kinderpflegeanstalt im 5. Bezirk K 10.490 bewilligt.

Die Sicherung der neuen Ernte. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die Sicherung der neuen Ernte und führte aus: Die Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates hat in ihrer Sitzung vom 18. März d.J. nachstehende Resolution gefaßt: „Die k.k. Regierung wird aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die kommende Ernte dieses Jahres an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais dem allgemeinen Verbrauche zu erhalten, insbesondere sie unter Sperre zu legen, jede Verfügung über sie zu verbieten und alle Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, einschließlich der bereits abgeschlossenen für nichtig zu erklären.“ Durch die Ministerialverordnung vom 31. März 1915 sind nun Verträge, soweit die Ernte des Jahres 1915 an landwirtschaftlichen Bodenerzeugnissen des Inlandes in Bausch und Bogen oder die Hoffnung dieser Ernte um einen bestimmten Preis gekauft wird, verboten und für ungültig erklärt und ist ferner bestimmt worden, daß inländische Getreide der Ernte des Jahres 1915 vor dem 1. Juli 1915 nicht gekauft und verkauft werden darf. Da das letztere Verbot bereits mit Ablauf dieses Monats erlischt, erscheint es dringend notwendig, ehestens alle Anordnungen zu treffen, die geeignet sind, die Bevölkerung Oester-

reichs weiterhin vor jenen Schwierigkeiten der Brot- und Mehlevorsorgung zu bewahren, unter denen sie seit dem letzten Herbste so sehr gelitten hat.

Nach dem Antrage des Bürgermeisters beschloß der Stadtrat folgende Resolution an die Regierung zu richten!

Die k.k. Regierung wird aufgefordert, ehestens eine Verordnung zu erlassen, durch welche im Interesse der Allgemeinheit die gesamte Ernte des Jahres 1915 an Brotgetreide aller Art für den Staat in Beschlag genommen wird.

2. Die k.k. Regierung wird weiters aufgefordert, unverzüglich mit der kön. ung. Regierung Verhandlungen darüber einzuleiten, daß die für die Versorgung der Bevölkerung Oesterreichs erforderlichen Zuschüsse insbesondere an Edelgetreide rechtzeitig aus den Uberschüssen Ungarns gedeckt werden und, daß durch einvernehmliche Festsetzung entsprechender Höchstpreise eine gleichmäßige Versorgung der gesamten Bevölkerung ermöglicht wird.

3. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ist derart umzugestalten, daß sie wirksamer als bisher eine ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Getreidemengen durchführen kann, wobei insbesondere die Bildung von Landeskommissionen unter entsprechender Mitwirkung der autonomen Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen ins Auge zu fassen wäre.

4. Die k.k. Regierung wird endlich aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Beschaffung des Meeresbedarfes an Getreide im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung und in den beiden Reichshälften im Verhältnisse zu ihrer Getreideproduktion erfolge.

Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien. Der Stadtrat begann heute mit der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1915/16. Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Hierhammer. Berichterstatter ist Vizebürgermeister Hoß.

Bei der Beratung der Gruppe I (Verwaltung im Allgemeinen) wünscht StR. Schneider, daß die Kommissionen, in welchen die Ferialherstellungen in Schulen festgestellt werden, möglichst durch Zusammenfassung mehrerer Schulen eines Bezirkes eingeschränkt werden, da sie eine starke Mehrbelastung der Mandatäre (Bezirks- und Ortsschulräte) darstellen. - StR. Zatzka will die Wiedereröffnung des historischen Museums im Rathause, um den Fremden Gelegenheit zur Besichtigung zu geben. - Nach einer Anregung des StR. Schwer wäre der Magistrat zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei Ausschreibung von Lokalausgaben auf die Gewerbetreibenden möglichst Rücksicht genommen werde und ihnen womöglich Kosten erspart werden.

Bei der Beratung der Gruppe II (Steuerwesen) beantragt

StR. Heindl den Magistrat zu beauftragen, ehestens eine Vorlage auszuarbeiten und dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen, welche eine Erhöhung der Hundesteuer von 8 auf 20 K vorsieht, für den Antrag sprachen Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Stadträte Schmid, Knoll und Oppenberger. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gruppe III (Gemeindevermögen).

StR. Schreiner beantragt die Ausschmückung der Fenster und Balkone in den städtischen Gebäuden auch heuer vorzunehmen, da diese meist durch kleinere Gärtner besorgt werde, welche hierdurch in der jetzigen schweren Zeit einen Verdienst haben.

Bei der Post „Out Gobelz“ tritt StR. Knoll für eine große Sparsamkeit ein, da die Auslagen sich alljährlich steigern.

Bei der Post „Schulbauten“ ersucht StR. Brauneis alles vorzukehren, damit mit dem Bause der Schule im 15. Bezirk auf der Schmelz, der eine dringende Notwendigkeit ist, ehestens begonnen werden kann. - StR. Schmid bemängelt den schlechten Zustand der Schule 4. Bezirk Allee-gasse 44, wünscht die Aufrüstung derselben und den Bau einer Ersatzschule auf dem bereits gezeichneten Grundstücken in der Schalleingasse.

Die mit 4800 K eingestellte Post „Für die Ausschmückung des Parterresalles im Volksrestaurant im „Krapfenwaldl“ wird nach einem Antrage des StR. Zatzka gestrichen.

StR. Oppenberger beantragt die Beschleunigung der Verhandlungen wegen Ankauf von Grundstücken, welche in den Wald- und Wissensgürtel einbezogen werden sollen.

Bei der Post „Städtische Elektrizitätswerke“ ersucht StR. Wippel die Direktion dieses Unternehmens zu beauftragen, gegen jene Gewerbetreibende, welche infolge der jetzigen Zeit ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen in der Lage sind, das größte Entgegenkommen zu bezeigen.

Bei der Post „Brauhaus der Stadt Wien“ gibt der Bürgermeister bekannt, daß zufolge der heute erschienenen Regierungsverordnung die Produktion des Brauhauses der Stadt Wien in den Monaten Juni, Juli und August auf dreiviertel des Bedarfes der gleichen Monate des Vorjahres herabgesetzt werden muß. - StR. Heindl regt an, den in städt. Häusern eingemieteten Gastwirten, welche heute ausschließlich Bier aus dem Wiener Brauhaus führen dürfen, die Führung einer zweiten Biergattung zu bewilligen. - VB. Rain unterstützt diesen Antrag, die Stadträte Oppenberger, Grünbeck, Wippel und Proß sind dagegen. Die Anregung des StR. Heindl findet nicht die Mehrheit.

Bei der Post „Lagerhaus der Stadt Wien“ wünscht StR. Oppenberger die größte Sparsamkeit, damit das Lagerhaus ehestens ein Ertragsnis abwerfe.

Bei der Post „Stellwagenunternehmung“ bemängelt StR. Grünbeck die Pflege des Pferdmaterials, welche alles zu wünschenswerten übrig lasse. Er fordert die größte Sparsamkeit in der Verwaltung. - Auch StR. Oppenberger tritt für größte Sparsamkeit ein. - StR. Wippel bringt Beschwerden über Unzukömmlichkeiten bei dem Vorspanndienste vor, wünscht, daß den Bediensteten eingeschränkt wird, bei Zuganschlüssen zuzuwarten, auch wenn der Fahrplan nicht eingehalten werden kann. - Nach dem Schlußworte des Referenten der Stellwagen-Unternehmung VB. Rain wird der Post zugestimmt.

Bei der Post „Straßenbahnen“ beantragt StR. Wippel, die Direktion zu beauftragen, ehestens dem Stadtrate ein Projekt über die Herstellung einer Verbindung vom Matschleinsdorfer Platz über die ^{eh} Eigengasse, Philadelphibrücke und Feldkeller-gasse zur Linie nach Mauer vorzulegen. (Ang.)

Die Beratung wird sodann unterbrochen.

Für die Flüchtlinge aus dem Süden. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, dem unter der Leitung des Landeshauptmanns Faldutti stehenden Komitee 25.000 K für die Flüchtlinge aus Görz, Gradiska und Istrien zu überweisen.

Militärische Auszeichnung städtischer Angestellter. In der letzten Zeit wurden nachstehende Angestellte der Gemeinde Wien für ihr besonders tapferes Verhalten vor dem Feinde ausgezeichnet: Adjunkt der Straßenbahnen Franz Hübbl (Oberleutnant im Eisenbahn- und Telegraphen-Regimente), Magistratskonszipist Dr. Rudolf Neumayer (Leutnant im Feldhaubitzen-Regiment Nr. 2) durch die Allerhöchste belobende Anerkennung; Aspirant im Kaiserjubiläumsspitale in Lainz Dr. Theodor Umschl (Assistenzarzt im Infanterie-Regiment Nr. 59) durch Verleihung des Goldenen Verdienstkreuzes am Bande der Tapferkeitsmedaille; die Schaffner der Straßenbahnen Johann Haiden (Zugführer im Inf.-Reg. Nr. 4) und Michael Neusiedler (Zugführer im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 24) durch Verleihung der goldenen Tapferkeitsmedaille; Aspirant im Kaiserjubiläumsspitale in Lainz Dr. Johann Weiss (Assistenzarzt im Inf.-Reg. Nr. 47), Bauaufseher der Straßenbahnen Heinrich Baldia (Feldwebel im Sappeur-Bat. Nr. 11) und Wagenführer der Straßenbahnen Jakob Mitacek (Zugführer im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1) durch Verleihung der Silbernen Tapferkeitsmedaille 1. Klasse.

Pensionierung. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Steueramts-Adjunkten Hugo Raßmüller um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.